









2. Oktober 2023











Herbstsession 2023: diverse Schritte in Richtung Liberalisierung im Bauwesen

Hier finden Sie den Rückblick auf die aktuelle Session des National- und Ständerates aus Sicht des Schweizerischen Baumeisterverbandes mit den für die Bauhauptunternehmen wichtigsten Traktanden.

Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
18.077	Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe.	Annahme	
20.456	Unnötige und schädliche Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben (Parlamentarische Initiative)	Änderung	
22.025	Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative). Indirekter Gegenvorschlag	Nationalrat will Gegenvorschlag	
22.049	ZGB. Änderung (Unternehmensnachfolge)	Änderung	
22.066	Obligationenrecht (Baumängel). Änderung	Änderung	
22.082	Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz UEG)	Annahme	
22.083	Einführung einer Regulierungsbremse	Ablehnung	
22.4413	Wohnungsknappheit in Tourismusgemeinden. Ergänzung von Artikel 3 BewV, Personalwohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkennen (Motion)	Annahme	

Ständerat

Nr.	Titel	Entscheid Rat	Haltung SBV zum Entscheid
22.061	CO2-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision.	Annahme	
22.082	Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz UEG)	Annahme	
22.4282	Änderung des Raumplanungsgesetzes zur Förderung der Energieeffizienz (Motion)	Umgesetzt in RPG2-Revision	
23.032	Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024-2027, Ausbausritt 2023 für die Nationalstrassen, Verpflichtungskredit und Änderung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz	Annahme	
23.033	Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr	Annahme	
23.050	Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs)	Annahme	
23.3596	Massnahmenpaket zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels durch Attraktivierung der freiwilligen Weiterarbeit nach dem ordentlichen Rentenalter (Motion)	Rückweisung an Kommission	
23.3640	Massvolle Kostenaufgabe bei Einsprachen in Baubewilligungs- und Nutzungsplanverfahren (Postulat)	Annahme	
23.3672	Mit Verdichtung und gemeinnützigem Wohnungsbau gegen die Wohnungsnot (Motion)	Annahme	
23.3832	Keine 10-Millionen-Schweiz! (Motion)	Ablehnung	

Nationalrat

18.077 Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe.

National- und Ständerat haben der Vorlage zur Änderung des Raumplanungsgesetzes einstimmig zugestimmt. Es ist dem SBV zwar nicht gelungen, eine explizite Zulassung von Infrastrukturbauten in Nichtbaugebieten in der Vorlage zu verankern. Aber in der Ratsdebatte wurde mehrfach festgehalten, dass der bedarfsorientierte Infrastrukturbau, insbesondere auch der Strassen- und Eisenbahnbau, durch die Vorlage nicht gefährdet ist.

20.456 Unnötige und schädliche Beschränkungen des Zweitwohnungsgesetzes in Sachen Abbruch und Wiederaufbau von altrechtlichen Wohnungen aufheben (Pa. Iv.)

Der Nationalrat hat sich für die von uns unterstützte Lockerung des Zweitwohnungsgesetzes ausgesprochen. Ersatzneubauten sollen inskünftig am gleichen Standort ohne Nutzungseinschränkung möglich sein. Eine Erweiterung der Hauptnutzfläche um 30% wird ermöglicht. Es können dabei Wohnungen entstehen, die frei genutzt werden dürfen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

22.025 Volksinitiative für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative) bzw. Indirekter Gegenvorschlag.

Der SBV begrüsst das Festhalten des Nationalrats an einem massvollen, indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative. Zu einem ggf. modifizierten indirekten Gegenvorschlag werden wir z.Hd. der vorberatenden Kommission eine Stellungnahme abgeben.

22.066 Obligationenrecht (Baumängel). Änderung (Geschäft Bundesrat)

Der Nationalrat hat die Rechte der Konsumenten bzw. Käufer gestärkt, ohne die Angemessenheit und Risiken für die Baufirmen ausreichend zu berücksichtigen. Die Mängelrügefrist und die Verjährungsfrist nach dem Kauf von Grundstücken wurde viel zu weit ausgedehnt. Damit werden Baufirmen grossen rechtlichen Unsicherheiten ausgesetzt. Zudem wurde es auch verpasst, einen Anreiz für den Bauherren zu schaffen, weitere Schäden durch rasche Meldung abzuwenden. Der SBV wird sich dafür einsetzen, dass der Ständerat diese Punkte korrigiert. Das Geschäft geht im Oktober an die RK-S.

22.4413 Wohnungsknappheit in Tourismusgemeinden. Ergänzung von Artikel 3 BewV, Personalwohnungen von Hotels als Teil einer Betriebsstätte anerkennen (Motion)

Der Bau von Personalwohnungen für Hotelbetriebe in ausländischer Hand soll durch den bewilligungsfreien Kauf von entsprechenden Grundstücken erleichtert werden. Mit dieser Massnahme kann der Wohnungsnot in Tourismusregionen entgegengewirkt werden. Beide Räte haben die Motion angenommen. Der Bundesrat wird nun eine entsprechende Anpassung der «Lex Koller» vornehmen.

Ständerat

22.061 CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024. Revision (Geschäft Bundesrat)

Der SBV begrüsst das neue Gesetz. Bei der Reduktion der CO₂-Emissionen von Gebäuden hat der Ständerat noch beschlossen, dass die CO₂-Bilanz der verwendeten Baumaterialien berücksichtigt werden soll. Für den SBV ist unklar, wie dies umgesetzt werden soll. Der SBV wird diesbezüglich den Kontakt mit der UREK-N suchen. Der SBV ist nach wie vor der Meinung, dass die Baubewilligungsverfahren für Ersatzneubauten und umfassende energetische Gebäudesanierungen vereinfacht und beschleunigt werden müssen. Die Baubewilligungsbehörden sollen deshalb Baugesuche für umfassende energetische Gebäudesanierungen und Ersatzneubauten in einem vereinfachten und beschleunigten Verfahren behandeln.

22.4282 Änderung des Raumplanungsgesetzes zur Förderung der Energieeffizienz (Motion)

Der Ständerat hat das Anliegen der Motion direkt in die laufende RPG2-Revision einfließen lassen und deshalb die Motion als bereits umgesetzt abgelehnt. Dies begrüsst der SBV, da die gewünschte Erleichterung im Bewilligungsprozess für energetische Sanierungen von Gebäuden damit auf schnellstem Weg erreicht werden kann.

23.032 Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024-2027, Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, Verpflichtungskredit und Änderung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Geschäft Bundesrat)

Der SBV begrüsst die klare Zustimmung des Parlaments zum Zahlungsrahmen von 5,3 Milliarden Franken für den Ausbau und 8,8 Milliarden Franken für den Unterhalt der Nationalstrasseninfrastruktur für 2024-2027. Sollte ein Referendum gegen die Vorlage ergriffen werden, würde sich der SBV energisch für den Nationalstrassenausbau engagieren.

23.033 Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2024 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr (Geschäft Bundesrat)

Der SBV begrüsst den Verpflichtungskredit für das 4. Agglomerationsprogramm inkl. der Ergänzung des Strassentunnels Moscia-Acapulco. Der ergänzende Strassentunnel ist jedoch umstritten. Deshalb geht das Geschäft zurück an den Ständerat zur Differenzbereinigung.

23.050 Familienzulagengesetz. Änderung (Einführung eines vollen Lastenausgleichs) (Geschäft des Bundesrates)

Der SBV begrüsst die Annahme des vollen Lastenausgleichs zwischen den Familienausgleichskassen. In der Vernehmlassung waren 20 der 26 Kantone für den vollen Lastenausgleich. Der Solidaritätsgedanke der Familienausgleichskassen funktioniert derzeit nicht, die Beitragssätze variieren zwischen Kassen um einen Faktor 33. Es gibt Kassen und Branchen mit vermeintlich «schlechten Risiken» was viele Kinder und hohe Beitragssätze bedeutet. Dies sind aber keine «schlechten» Risiken, sondern sie wirken der Überalterung der Schweiz entgegen.

23.3672 Mit Verdichtung und gemeinnützigem Wohnungsbau gegen die Wohnungsnot (Motion)

Die direkte Verknüpfung von erhöhten Ausnutzungsziffern mit dem gemeinnützigem Wohnungsbau in dieser Motion ist falsch. Aus Sicht des SBV muss die Erhöhung von Ausnutzungsziffern zur Verdichtung der Städte unabhängig vom gemeinnützigem Wohnungsbau diskutiert werden. Die Vorlage geht nun in die UREK-N. Der SBV engagiert sich am „Runden Tisch Wohnungsknappheit“ von Bundesrat Parmelin, wo in Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie mit Vertretern aus der Privatwirtschaft wirkungsvolle Massnahmen gegen eine Wohnungsknappheit in den Städten eruiert werden. Ein Vorgreifen durch das Parlament erachten wir als nicht sinnvoll.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV im Bereich Politik & Kommunikation:

Marcel Sennhauser,
Leiter Politik & Kommunikation,
Tel. 058 360 76 30
marcel.sennhauser@baumeister.ch

Dossiers**Arbeitsrecht- und Sozialversicherungs-Politik**

Matthias Engel, Tel. 058 360 76 35,
matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung- / Infrastruktur & Mobilitäts-Politik

Romana Heuberger, Tel. 058 360 76 36,
romana.heuberger@baumeister.ch

Wirtschafts- und Finanz-Politik

Martin Maniera, Tel. 058 360 76 40,
martin.maniera@baumeister.ch

Klima-, Energie- und Umwelt-Politik

Laurent Widmer, Tel. 058 360 77 01,
laurent.widmer@entrepreneur.ch